

Volksblatt

Dienstag, den 3. September 1931

Jahrgang 1931

Tagessfragen.

Goebbels-Kundgebungen gegen Laual?

Die seit kurzem von einem kommunistischen Redakteur geleitete „Welt am Montag“, die dadurch gewiss nicht an Zuverlässigkeit gewonnen hat, behauptet, in den letzten Tagen hätten vertrauliche Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Deutschen Nationalen stattgefunden, um einen gemeinsamen Aktionsplan anlässlich des Besuchs von Laual und Brind zu legen. Die Vertreter der D.N. hätten bereits einen fertig stizierten Störungsplan vorgelegt und keinen Zweifel gelassen, daß sie die Sache allein durchführen würden, falls sich die Deutschen Nationalen wieder einmal als fahnenflüchtig erweisen sollten. Obwohl man zu einer Einigung über die geplanten Aktionen noch nicht gekommen sei, hofften die Nationalsozialisten, daß sie wenigstens die deutschen Nationalen Jugendverbände und auch den Stahlhelm für die geplanten Straßenaktionen gewinnen könnten. Goebbels sei als strategischer Führer auszuzeichnen. Auch wenn man eine Information der „Welt am Montag“ nicht als verbürgte Wahrheit annehmen braucht, so liegt doch der Gedanke nahe, daß die in der Presse der Reichsopposition laut gewordenen Bemerkungen gegen den Besuch der französischen Minister in Berlin der Luft für Demonstrationen sind, wie man sie seiner Zeit unter Goebbels' Führung gegen den Remarque-Film erlebt hat. Es gibt ja keine noch so törichte Idee, die in Deutschland nicht bei irgendwelchen Leuten Beifall fände. Der Besuch Lauals und Brinds soll bekanntlich der Fortsetzung des Gesprächs dienen, das im Juli in Paris begonnen wurde, also der Besserung der deutsch-französischen Beziehungen. Nach den Erfahrungen der letzten Monate sollte es eigentlich jedem Deutschen klar sein, wieviel gerade davon für die Zukunft Deutschlands abhängt. Daher ist zu wünschen, daß den beiden französischen Ministern ein recht würdiger Empfang bereitet wird, und jeder Störungsversuch, jede unfreundliche Kundgebung müßte als ein grober Verstoß gegen die Interessen des deutschen Volkes angesehen werden, ganz abgesehen davon, daß es ein Verstoß der Gastlichkeit gibt, daß auch in diesem Falle verstoßen werden, daß die verschiedenen konkurrierenden Verbände aus diesem Unfug auf der Straße ersparten. Die Reichsregierung möge sich darum rechtzeitig vor Überraschungen sichern! Dazu gehört freilich auch, daß nicht wieder wie beim Eintreffen MacDonalds in Berlin das Reichsbanner auf dem Bahnsteig aufmarschiert. Nun wird ja wohl damals hierzu der Umstand den Ausschlag gegeben haben, daß der englische Premierminister Sozialist ist. Aber es war doch ein Staatsbesuch, und bei einem solchen haben Parteifragen in den Hintergrund zu treten. Vermutlich dürfte aber das Reichsbanner bei Laual, der doch ein Mann der Rechten ist, von vornherein keine Rechnung haben, nach dem früheren Vorgang Hellers auf den Bahnsteig zu entfenden. Sonst müßte es ja auch Hoffmann demnach begrüßen, der aber doch, nachdem er huldvollst dem ihm in Rom überreichten silbernen Stahlhelm angenommen hat, als eine Art Ehrenpflaster dieses „Bundes der Frontsoldaten“ zu gelten hat. Jedenfalls könnte dann der Stahlhelm verlangen, seinen alten Herrn in gleicher Weise zu empfangen, wie es das Reichsbanner bei MacDonald gemacht hat. Schon dieser, wenn auch scherzhafte Hinweis macht klar, daß es falsch war, zu der offiziellen Begrüßung des englischen Premierministers Vertreter eines politischen Verbandes zuzulassen und damit einen Präzedenzfall zu schaffen.

Zur Ethik der politischen Koalition.

Von volksparteilicher Seite ist wieder einmal die Forderung einer innerpolitischen Umorientierung erhoben worden. Der Abgeordnete Hingmann hat in Aussicht gestellt, daß die volksparteiliche Reichstagsfraktion sich demnächst abermals mit der Frage befassen werde, ob von der Regierung Bränning der Verzicht auf Unterstützung durch die Sozialdemokratie gefordert werden solle. Es sei notwendig, fügte er hinzu, daß Bränning sich von ihr löse. Am selben Tag hat in Frankfurt a. M. der Stahlhelmführer Morozowicz den Zusammenstoß aller Rechtsparteien für notwendig erklärt, um „die volksparteiliche Front zum Stillstand zu bringen“. Er sprach von einem kommunistischen Putschplan, wogegen er gelobte, daß der Stahlhelm „allen Geistes mit dem Kampf der Erhaltung des deutschen Vaterlandes kämpfen“ werde. Aber „die Hilfe der nationalen Bewegung“ werde der Regierung nicht bedingungslos zur Verfügung gestellt werden. Werden die Bedingungen auch nicht näher umschrieben, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß darunter das gleiche verstanden wird, was Hingmann gesagt hat. Hiernach dürfte das Koalitionsthema einmal wieder zur breiteren Erörterung gelangen. Und sicher werden wir bald wieder in den Zeitungen Hinters und Hingens breite Ausführungen über die Verwerflichkeit des Zusammengehens von Zentrum und Sozialdemokratie zu lesen bekommen. Da mag es nützlich sein, einmal auf die grundsätzlichen Bemerkungen zur Ethik der politischen Ko-

lition hinzuweisen, die Franz Xaver Rother S. J. im Augustheft der „Stimmen der Zeit“ gemacht hat. Er sagt da, es müsse doch jeden Anführer stutzig machen, daß trotz der Entschiedenheit, mit der die berufenen Führer der Kirche einerseits zwar dem marxistischen

Unglauben den schärfsten geistigen Kampf ansetzen, andererseits aber vor der so sehr angegriffenen Koalition des Zentrums und der Sozialdemokratie überhaupt nicht gewarnt haben. Und dann schreibt der Jesuit weiter:

Ein Siedlungsplan des Reichsfinanzministers.

Unterbringung eines Zehntels der Wohlfahrtserwerbslosen?

(Berlin, 7. September.)

Wie wir erfahren, hat Reichsfinanzminister Dr. Dietrich dem Reichskabinett einen großzügigen Siedlungsplan vorgelegt, der in absehbarer Zeit zehn Prozent der Wohlfahrtserwerbslosen unterbringen soll, und damit als ein wertvoller Teilbeitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzusehen ist. Der Dietrichsche Vorschlag geht der Siedlung einen ganz neuen Weg. Das bisherige System der ländlichen Siedlung begegnete aus physikalischen und aus finanziellen Gründen großen Schwierigkeiten. Der Reichsfinanzminister empfiehlt eine halb städtische, halb ländliche Siedlung. Nach seinem Vorschlag soll die Siedlung in der Nähe von Städten erfolgen. Der Boden soll aus städtischem und staatlichem Besitz hergegeben werden, von den Materialien z. B. das Holz aus den staatlichen Forsten. Die Siedlung soll zunächst die kleinstmögliche Form bekommen. Ein kleines primitives Haus mit zwei bis vier Morgen Land. Voraussetzung für die Verpachtung einer Siedlerstelle ist, daß der Pächter, dem übrigens für später das Erwerbsrecht offengehalten wird, bei der Pachtung des Hauses mitarbeiten wird, außerdem sollen andere Arbeitslose herangezogen werden. Eine Mehrbezahlung über die Unterhaltung hinaus ist allerdings in Form von Verpachtung auf der Arbeitsstelle und Transport zu und von ihr vorgesehen. Abgesehen davon, daß die physikalischen Schwierigkeiten der ländlichen Siedlung durch die Nähe der Städte beseitigt werden, rechnet man bei dieser Form der Errichtung der Siedlerstellen damit, für 200 Millionen Mark, die aus der Hauszinssteuer aufzubringen wären, etwa 100 000 Siedler ansetzen zu können. Noch im September soll nach dem vorliegenden Plan mit dem Werk begonnen werden, jedoch bis zum Frühjahr 100 000 Siedler untergebracht sind. Sie würden die Unterbringung noch bis zur nächsten Ernte, spätestens bis zum Ende des Jahres 1932 bekommen.

Der Vorschlag des Reichsfinanzministers besondert die Notwendigkeit einer einheitlichen Durchführung für das ganze Reich und empfiehlt die Einlegung eines Reichskommissars für das Kleinsiedlungswesen, der nur dem Reichskanzler direkt unterstehen würde. Ihm soll ein Beirat zur Seite gestellt werden, der aus Vertretern der verschiedenen Reichsressorts und des betreffenden Landes besteht.

Eine Stillhalte-Notverordnung.

(Berlin, 7. September.)

Wie wir erfahren, ist das Reichskabinett heute nachmittag zu einer Ministerbesprechung zusammengetreten, in der eine Reihe wirtschaftlicher Fragen behandelt werden. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Beratungen über den Schenkervertrag heute zum Abschluß gekommen sind. Außerdem spricht man von einer weiteren Notverordnung, die die Durchführung des Stillhalteabkommens sichern soll, indem sie der Regierung die Ermächtigung gibt, alle Maßnahmen zu treffen, die damit zusammenhängen. Ferner beschäftigt sich das Kabinett mit Siedlungsfragen. Bei der Notverordnung zum Stillhalteabkommen sind zwei Punkte maßgebend. Es handelt sich erstens um folgendes: Bekanntlich sind die Stillhalteabkommen noch nicht alle abgeschlossen, da sich bei den Verhandlungen Schwierigkeiten ergeben haben. Inzwischen haben gewisse auswärtige Banken den Versuch gemacht, sich von deutschen Geschäftsbankern Sicherheiten geben zu lassen. Es ist nun aber natürlich, daß man die gutwilligen Gläubiger nicht schlechter stellen kann als die mitrückenden, und so wird die Notverordnung vorsehen, daß Sicherheiten nicht ohne Einwilligung der Reichsbank an Dritte abgegeben werden dürfen. Zweitens handelt es sich um Vorkehrungen, die für den Augenblick notwendig sind, in dem die Stillhalteabkommen ergänzt werden. Das ganze Gebiet ist ziemlich kompliziert, und es kommt darauf an, gewisse gesetzliche Lücken, die sich nach dem endgültigen Abschluß der Stillhalteabkommen zeigen werden, rechtzeitig auszufüllen. Deshalb wird die Reichsregierung ermächtigt zu den Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Durchführung des Abkommens zu sichern.

Die Heimkehr des „Graf Zeppelin“.

Der Verlauf der Rückfahrt.

Freiburg, 7. September.

„Graf Zeppelin“ ist von seiner Fahrt nach Südamerika wohlbehalten wieder heimgekehrt. Das Luftschiff landete um 15,45 Uhr. Die Landung verlief ganz glatt.

Das Luftschiff erschien um 15,31 Uhr zum ersten Mal über dem Weidlingsee und wurde von einer großen Menschenmenge freudig begrüßt. Um 15,43 Uhr wurden die Landestage begonnen; 15,45 Uhr war die Landung glatt vollzogen. Wenige Minuten später lag das Luftschiff nach neuntägiger Abwesenheit wieder im Heimathafen.

Ueber die glänzend verlaufene Fahrt erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Das Luftschiff hat für die zweimal 8000 Kilometer lange Strecke Freiburg-Hagen-Bernambuco und zurück insgesamt 155 Stunden benötigt und zwar 73 Stunden für die Hinreise und 82 Stunden für die Rückreise. Die Verzögerung bei der Rückreise erklärt sich vor allem daraus, daß „Graf Zeppelin“ an der Bucht von Viscaya auf starken Gegenwind stieß. Das Luftschiff hatte bei seiner Rückreise nach dem Start in Bernambuco erst nach einer ununterbrochenen Meerfahrt von drei Tagen bei der Insel Neu, nördlich von La Rochelle, also an der französischen Westküste, zum erstenmal wieder Land unter sich. Es hatte meist günstigen Wetter. Die glänzende Navigation ermöglichte es, an Hand des hervorragend arbeitenden Wetterdienstes immer das für die Fahrt beste Wettergebiet auszuwählen. Unter den 10 Fahrgästen der Rückreise — 3 Passagiere der Hinreise, darunter der Generalkonsul in Valparaiso, Dr. Soehring, waren in Bernambuco ausgetiegen — belanden sich Legationssekretär Henle zum Auswärtigen Amt, ferner Oberregierungsrat Baumler zum Reichsverkehrsministerium, Professor Reichmann-Deppig, der auch die Artifizier mitgemacht hatte, Professor Dr. Seilkopf von der Seewarte Hamburg, sowie ein Vertreter des Süddeutschen Rundfunks. Die nächste Fahrt nach Bernambuco findet, wie schon gemeldet, am 17. September statt.

Ein eindrucksvolles Erlebnis.

Freiburg, 7. Sept.

Geheimrat Professor Dr. Hauptmann äußerte in einer Unterredung seine Eindrücke auf der Zeppelfahrt. Der Wechsel von Reuten, Sand und klimatischen Verhältnissen innerhalb von drei Tagen hat den Passagieren dieser herrlichen Fahrt, so betonte er, besonders starken Eindruck gemacht. Die Stimmung an Bord war vorzüglich und die Passagiere hatten immer einen anregenden Gedankenkreislauf. Besonders interessant war das Farbenspiel des Meerwassers in raschem Wechsel, das von ganz dunkler Farbe zu Rot und Rottrot und an den Küsten sogar bis smaragdgrün sich änderte. Die Wellenbildung, die man als leichte, flache Wellen oder auch als Ballen, wolten unter sich jagen sah, war ein herrlicher Anblick. Von ganz besonderem Reiz waren die fernstehenden Rüste bei teilweise prächtigem Mondschein. Das Wetter war sehr gut, nur auf der Rückreise in der Ralmen-Zone kam das Luftschiff in starken Regen, dem es jedoch immer sehr gut ausweichen konnte. Die wissenschaftliche Beobachtung meteorologischer Art, ausgeführt von Dr. Professor Weidmann, sowie die Versuche mit dem neuen Kompaß von Professor Dr. Hauptmann gelangen zur vollen Zufriedenheit. Bei den Versuchen von Professor Weidmann ging das Luftschiff jeweils hoch, damit die Instrumente an einer Höhe von 1000 Metern heruntergelassen werden konnten. Mehrfach wurden auch Schotlungen ausgeführt. Nach Pressemeldungen sollte Dr. Geener einen in Rot getarnten Deutschen aus Brasilien kostenlos mit dem Luftschiff nach Freiburg-Hagen befördern. Kapitän Reimann erklärte hierzu, daß dieser Mann bei der Schiffsleitung in Bernambuco nicht gemeldet hat.

Militärische Gründe der Tschekoslowakei.

(Eger, 6. Sept.)

Der Luftschiffbau Freiburg-Hagen hat sich bereit erklärt, einen Landungsflug des „Graf Zeppelin“ zum Flugtag der Marschfliegerliga in Eger zu unternehmen. Das Prager Kriegsministerium hat nun der Marschfliegerliga in Eger mitgeteilt, daß aus militärischen Gründen eine Landung auf dem Flugplatz in Eger nicht stattfinden könne, dagegen eine Landung auf dem Egerer Gegeritzplatz ohne Schwierigkeiten vor sich gehen könnte.

„Bedeutet jedes Zusammengehen zu gemeinsamen Zielen ohne weiteres eine Genußgemeinschaft? Reineswegs. Wenn eine Schiff eine lebenden SOE-Rufe anshawung sich die Kapitäne der zu Hilfe eilenden Schiffe bekennen. Wer sich nicht mitteilt, unter Staatsanwaltschaft vor dem Untergang zu retten, der ist willkommen. Abmachungen, Abgrenzungen des gemeinsamen Rettungswerkes, praktische Richtlinien zur Zusammenarbeit sind da unerlässlich. Wenn sich bei der Bearbeitung zweier aneinanderstößender oder Grenzschwierigkeiten ergeben, verständigen sich vernünftigerweise die Nachbarn in gegenseitiger Rücksicht, ganz gleich, ob der eine ein gläubiger Katholik, der andere ein Gottesleugner ist. Aus dieser Selbstverständlichkeit heraus versteht sich das Wort unseres Papstes, wenn es für die Rettung einer Seele nötig wäre, würde er bereit sein, mit dem Teufel in Person zu verhandeln. Die Koalition mit der Partei einer anderen Weltanschauung bedeutet demnach kein Preisgeben der eigenen Grundsätze, keine Anerkennung der anderen Weltanschauung und keine Abkist, diese andere Weltanschauung zu fördern, sondern es handelt sich nur um das durch die Not geforderte praktische Zusammengehen in den gemeinsamen Aufgaben der Politik, solange die Grundsätze der eigenen Weltanschauung nicht angetastet werden. Deshalb ist eine solche Koalition in sich nicht unerlaubt. In der Enzyklika „Singulari quadam“ vom 24. September 1912 sagt Papst Pius X. ausdrücklich, die Katholiken hätten, „wo immer es sich um die Erreichung eines sittlich erlaubten Vorteils handelt“, durchaus „das Recht“, sich mit Nichtkatholiken unter entsprechenden Vorbehalten zur Arbeit für das gemeinsame Wohl zu verbinden. ... Wenn grundsätzlich die verschiedenen Koalitionen in sich nicht unerlaubt sind, unter bestimmten Bedingungen, nämlich wenn sie sich auf die Verwirklichung eines bestimmten, nicht unerlaubten, gemeinsamen Zieles beschränken, so hat sich die Verwirklichung eines bestimmten Zieles in der Koalition im gegebenen Zeitpunkt lediglich nach dem obersten Ziel der Politik zu richten, nach der Frage: Was verlangt hier und jetzt das Gesamtwohl des Volkes? Da die politischen Möglichkeiten sich ändern, kann das Gesamtwohl des Volkes einmal diese, ein andermal jene Koalition mehr empfehlen. Sind wir deshalb um des Gesamtwohles willen grundsätzlich nach verschiedenen Seiten zur Koalition bereit, so kann nur oberflächliche Betrachtungsweise einen Mangel an Grundsätzlichkeit erblicken. Das Festhalten an einer bestimmten Koalition auf Kosten des Gesamtwohles wäre ebenso eine sinnlose Verletzung des Mittels und Zweck wie das Festhalten an einer bestimmten Staatsform, solange dann, wenn dadurch nichts anderes ist als die Furcht, durch geeignete Auswahl der Mittel, die Staatsgewalt möglichst vollkommen zu verwirklichen, die Staatsgewalt selbst aber als sittliche Forderung der sozialen Gerechtigkeit, nicht selbst als sittliche Forderung, so ist es auch Gottes Wille, daß die Gläubigen sich eine gottgewollte Politik nach Kräften zu eigen machen. Verzicht auf Politik wäre Verzicht auf die von Gott befohlene Aufgabe. Schon die Rücksicht auf das zeitliche Wohl des Volkes verlangt es, daß der Sternenhimmel des christlichen Sittengebietes auch über dem Gebiete des rein politischen Schaffens leuchte. Wollen wir neben all den verheerenden Ideen des Unglaubens auch unsere Ideen in der Politik wirksam zur Geltung bringen und dem christlichen Einflusse seinen Platz für politische Arbeit sichern, dann ist das gar nicht möglich ohne Koalition. Da aber praktisch beinahe hinter jeder Partei eine andere Weltanschauung steht, würden wir durch Verzicht auf eine solche Koalition die eigene Weltanschauung auslöschen und den gesamten Einfluß im politischen Leben gegenüber den Weltanschauungen überlassen. Das können wir nicht mit der uns von Gott auferlegten Pflicht vereinbaren. Die Koalition ist demnach nicht bloß nicht gegen das Sittengebot, sie kann sogar zur Erfüllung der Pflicht werden. ... Nachdem wir den größten aller Kriege der Weltgeschichte verloren haben, gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder mühselig und oft erfolglos Schritt um Schritt uns emporzuarbeiten oder aber durch eine katastrophale Übergröße der Katastrophe für den ersten Weg entschieden hat, siebzigsten nicht wenige Christen anderer Richtung mit dem zweiten. Wir können nun aber mit der Rettungsarbeit unmöglich warten, bis diese Schwierigkeiten, die einer Koalition aller christlich Gesinnten im Wege stehen, beseitigt, alle Ästete gelöst und alle politischen Ansichten geeinigt sind. Namentlich die Gefahr, die uns durch den Bolschewismus droht, kann unter Umständen sofortiges Handeln verlangen. Und in solchen Fällen erscheint es, obwohl wir jede unchristliche Weltanschauung mißbilligen und bekämpfen, dennoch als nicht nur erlaubte, sondern als vom katholischen Standpunkte richtigere Politik, eine weltanschaulich feindliche, aber in ihren politischen Methoden gemäßigten Partei in die Front des staatlichen Aufbaus einzubeziehen, anstatt sie in einen gewalttätigen politischen und weltanschaulichen Radikalismus abzurufen.“

Diese einem längeren Aufsatz entnommenen theologischen Feststellungen empfehlen wir besonderer Beachtung, wenn jetzt von einem anderen Punkte als beim eben erledigten Volksentscheid her erneut zum Angriff gegen das Zentrum und sein gelegentliches Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie eingeleitet wird. Zu der Forderung von Hingmann muß im übrigen noch bemerkt werden, daß die Reichsregierung (im Gegenstand zur preußischen Staatsregierung) keine parteimäßig gebundene Regierung darstellt und daß Reichskanzler Dr. Brüning erst vor kurzer Zeit auf diese Tatsache ausdrücklich hingewiesen hat. Das Reichskabinett ist von der Sozialdemokratie bisher lediglich toleriert worden und dürfte auch wohl weiter toleriert werden. In dieser Hinsicht ist das Schlusswort bemerkenswert, mit dem am Freitag der Kongress der freien Gewerkschaften in Frankfurt von seinem Vorsitzenden Brandes beendet wurde. Er erklärte, die Ablehnung der Regierung Brüning und die scharfe Kritik, die man an ihr in den Kongressverhandlungen übte, sei durchaus begründet. Aber weder die Gewerkschaften, noch die sozialdemokratische Parteileitung würden die Hand dazu reichen, diese Regierung zu rügen, da hinterher nur die Katastrophe kommen könne. Die bisherige

Duldung habe sich als durchaus richtig erwiesen und werde weiterhin beibehalten.

Gesandten-Abbau.

Die innerdeutschen Gesandten ziehen allmählich als etwas Gewöhnliches in die Geschichte ein. Aus der Zeit des Absolutismus haben sich diese Vertreter der Fürsten über die Zeit des deutschen Kaiserreichs bis in das zweite Jahrzehnt der Republik hinein als beglaubigte Vertreter republikanischer Regierungen hinübergerettet. Jetzt geht's mit diesem Schein-diplomatentum zu Ende. In München, der einzigen Länderhauptstadt, wo die Reichsregierung in den Jahren nach der Revolution noch eine besondere Vertretung unterhielt, gibt's schon seit einem halben Jahr keinen Gesandten des Reiches mehr; auch der letzte Militärminister dieser Art von preußischen Gnaden hat längst die Stadt an der Isar verlassen. Andererseits hat Bayern seinen Berliner Gesandten bei der preußischen Regierung abgemeldet. Er spielt zwar noch den Gesandten beim Reich, aber das Wesentliche an seiner Stellung ist doch, daß er Bayern im Reichsrat vertritt. Sehr nachdrücklich hat sich bekanntlich der preußische Ministerpräsident für den innerdeutschen Gesandtenabbau eingesetzt. Jetzt hat, wie uns aus Karlsruhe gemeldet wird, das bayerische Staatsministerium beschlossen, die bayerischen Gesandtschaft bei Preußen mit Wirkung zum laufenden Geschäftsjahr abzuschaffen. Als 1. April nächsten Jahres wird also diese Gesandtschaft der Vergangenheit angehören. Bereits zum 1. Oktober hat ihr Leiter, der Gesandte von Dornow, um seine Entlassung gebeten. Sie ist ihm gewährt worden. Die Neuorganisation der Vertretung Bayerns beim Reich hat die bayerische Regierung einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Offenbar folgen die-

sem Vorgehen bald auch die übrigen deutschen Länder, die noch wie Polen, Venezuela und andere fremde Mächte trotz der ausgeübten Fernsprechverbindungen, die es in Deutschland gibt und die einen Anruf in der Wilhelmstraße Tag und Nacht gestatten, ihre Gesandten mit allen Privilegien der Exterritorialität in Berlin halten. Am bittersten empfindet man diesen Abbau der „Eigenstaatlichkeit“ natürlich in Bayern. Gibt es doch, was in dieser Hinsicht besonders bezeichnend ist, in München, obwohl die auswärtige Politik Reichssache ist, noch, dank treuem Festhalten am überlieferten Alten, ein regelrechtes Ministerium des Äußeren. Die auswärtigen Angelegenheiten dieses ehrenwürdigen Amtes leitet Ministerpräsident Dr. Feld persönlich. Sie bestehen in besonderen bayerischen Beziehungen zum St. Stuhl. Denn nur dort unterhält Bayern außerhalb der Reichsgrenzen noch eine Gesandtschaft. Aber wir können uns auch denken, daß die paar innerdeutschen Gesandten, die Bayern noch hat, ebenfalls vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abhängen. Ob man die Vertreter der deutschen Länder in Berlin Gesandte nennt oder man ihnen einen anderen Titel gibt, wäre gleichgültig, wenn nicht mit dem Gesandten so stark der Begriff des Auslands verknüpft wäre. Damit dieser falsche Eindruck verschwindet, muß man es daher als wünschenswert bezeichnen, daß diese Ländervertreter, die wegen des Reichsrats nicht ganz entbehrt werden können, obgleich man ad hoc dazu jemanden von Darmstadt, Braunschweig, Dresden, Weimar usw. entsenden könnte, eine weniger erhabene und exterritorial klingende Amtsbezeichnung erhalten, wenn es schon überhaupt notwendig sein sollte, aus ihrem Pflichtkreis eine besondere Titulatur herzuleiten.

Die Eröffnung der Völkerbundsversammlung.

Ein Rückblick.

Genf, 7. September.

Schon lange vor dem auf 11.11 Uhr angelegten Beginn der Eröffnungsfeier der 12. Völkerbundsversammlung herrschte in den Sälen des Verammlungsgebäudes das am frühen Morgen lebhafteste Treiben. Auf der Straße hatte sich eine große, durch umfangreiche Ordnungsmassnahmen zurückgehaltene Menge angesammelt, die, da die Tribüne nur über eine ganz beschränkte Anzahl von Publikumsplätzen verfügt, wenigstens die Aussicht der Delegierten erleben wollte. Um 11.11 Uhr eröffnete der amtierende Generalsekretär, der spanische Außenminister Lerroux, vor vollständigem Haus die Versammlung. Er ging kurz auf die wichtigsten Vorgänge des abgelaufenen Arbeitsjahres der Völkerbunds ein. Ein Beweis der zunehmenden Ausbreitung des Rechtsgefühls im internationalen Leben, erklärte er u. a., sei darin zu erblicken, daß nunmehr 37 Staaten, darunter fast alle europäischen Staaten, die obligatorische Rechtspredikation des Haager Gerichtshofes anerkennen. Einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens bedeute auch die Tätigkeit, ja schon das Vorhandensein des im vorigen Jahre eingeleiteten Europaausschusses. Der Europaausschuss habe sich im ersten Jahre seines Bestehens hauptsächlich mit einem Teilgebiet der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der mittel- und osteuropäischen Handelsbeziehungen, beschäftigt und hierbei bemerkenswerte Ergebnisse erzielt; außerdem das Problem der Umstellung der Zollpolitik in Europa durch ein großzügiges Gesamtprogramm gefördert. Der Aufstieg der Reparations- und Kriegsschuldenszahlungen auf Grund des Verschlages des Präsidenten Hoover, die Konferenzen von London, Paris, Berlin und Rom zwischen den deutschen, amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Staatsmännern, die Tätigkeit der V33 und die Arbeiten des Balfour Sachverständigenausschusses seien weiterhin Angelegenheiten der Völkerbunds gewesen und den Wunsch nach Zusammenarbeit.

Die Präsidentenwahl.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung „zur Vorbereitung der Präsidentenwahl“ — tatsächlich waren die verschiedenen Gruppen selbstverständlich schon darüber klar geworden, wem sie ihre Stimme geben würden — wurden die einzelnen Staaten zur Abgabe ihrer Stimme aufgerufen. Der zweite rumänische Delegierte, der Gesandte in London, Titulescu, wurde gewählt. Er erhielt von den 49 abgegebenen Stimmen 25 Stimmen. Auf den ungarischen Delegierten Grafen Apponyi entfielen 21 Stimmen. Titulescu war bekanntlich auch Präsident der ersten Völkerbundsversammlung. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Völkerbundes, daß ein Delegierter zweimal hintereinander zum Präsidenten gewählt wurde. Titulescu begann seine Amtsübernahme mit einer längeren programmatischen Rede.

Er stellte die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der Völkerbundsarbeiten als das Ziel, an dem er nach Kräften mitarbeiten wolle, in den Mittelpunkt. Er warte seinerseits vor übertriebenem Optimismus und erklärte, man dürfe nicht von einem Zusammenbruch sprechen, sondern müsse die gegenwärtigen Verhältnisse als eine Pause betrachten. Die „Arbeiten der ersten Stunde“ könnten vergessen werden. Es komme nur darauf an, daß späteren Geschickern das Gebäude des Friedens überliefert wird. Zu diesem Zweck müßte mit Vertrauen, Mithilfe, Aktivität und Disziplin gearbeitet werden.

Die Mehrheit für Titulescu beträgt ausgerechnet eine Stimme. Seine Wahl ist offensichtlich eine Kundgebung gegen den Restor des Völkerbundes Apponyi, die von französischer Seite vorbereitet war. Sie kann es offenbar noch nicht ertragen, daß ein Vertreter eines besiegten Staates mit dem Amt des Präsidenten der Völkerbundsversammlung betraut wird; so versteht man in Frankreich die „Bestrafung der Weisheit“, von der man so oft spricht. Titulescu und Graf Apponyi haben in Genf sehr häufig die Klänge geteilt, und indem die Franzosen und ihre Gruppe Apponyi dieses Mißgeschick beklagten und andererseits Titulescu zu einem Triumph verhelfen wollten, so meint der Genfer Korrespondent der „R. Z.“, möglicherweise noch einmal ihre alte politische Waffenbrüderschaft für Rumänien gegen Ungarn zum Ausdruck bringen. „Wir wissen nicht“, so führt der Korrespondent weiter aus, „ob eine zweite Deutung der Wahl Titulescus, welche Rumänien innerpolitisch ist, in vollem Umfang zutrifft, aber sie ist immerhin sehr plausibel. Man weiß, daß Frankreich das gegenwärtige Regime in Rumänien nicht

sonderlich gut gefällt, und daß man in Paris sehr stark gegen König Carol eingestellt ist; man weiß ferner, daß Titulescu, der vor einiger Zeit mit der Kabinettbildung betraut war, dabei Schwierigkeiten hatte. Ein Kabinett Titulescu wäre natürlich nach dem Herzen Frankreichs gestaltet worden. König Carol ließ aber Titulescu ziemlich schnell wieder fallen, und so schlussfolgert diese Deutung, durch seine Wahl zum Präsidenten der Völkerbundsversammlung habe Frankreich eine Demonstration gegen König Carol und überhaupt gegen den gegenwärtigen Kurs in Rumänien führen wollen.“

Keine Zollunionsdebatte.

Genf, 7. September.

Zu Beginn der heutigen Nachmittagsitzung, auf deren Tagesordnung als wichtigster Punkt die mit einer gewissen Spannung erwartete Besprechung über das Haager Gutachten zum deutsch-österreichischen Zollunionsprojekt stand, gab der Ratspräsident ein Schreiben der ungarischen Regierung bekannt, in dem der Völkerbund um die Vornahme einer Prüfung der finanziellen Lage Ungarns gebeten wird. Der Völkerbundsrat trat, nachdem ein Vertreter Ungarns am Ratsstisch Platz genommen hatte, sofort in die Behandlung des ungarischen Gesuches ein und beschloß mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Frage und auf Vorbehalt des norwegischen Vertreterfatters ohne weitere Ausdrücke die Verweisung in das zur Zeit tagende Finanzkomitee des Völkerbundes. Darauf trat der Völkerbundsrat in die Erörterung des griechisch-lawischen Streits über die Auslegung des Kapandaris-Molow-Abkommens im Zusammenhang mit dem Hoover-Memorandum ein. Der bulgarische Ministerpräsident Malinow, der gleichzeitig mit dem griechischen Außenminister Venizelos am Ratsstisch Platz genommen hatte, gab eine längere Darlegung des bulgarischen Rechtsstandpunktes, der darin besteht, daß die Verpflichtungen Griechenlands auf Grund des genannten Abkommens keine Schulden gegenüber einer Reparationskommission seien, sondern seien und daß sie infolgedessen nicht unter das Hoover-Memorandum fielen und auch nicht gegen die bulgarischen Reparationszahlungen aufgerechnet werden könnten. In fast zweifelhafte Rede bekämpfte Venizelos in außerordentlich temperamentsvoller Weise die bulgarische Auffassung. Er machte geltend, daß das Hoover-Memorandum nicht als Verfügen einer höheren Stelle, sondern nur als Vorschlag zu betrachten sei, der der griechischen Regierung die Möglichkeit gelassen habe, die Annahme des Memorandums mit gewissen Vorbehalten zu verbinden. Griechenland habe angelehnt der deutschen Kräfte, an die Hoover in erster Linie gedacht habe, in die Stundung der deutschen Reparationszahlungen ohne weiteres gewilligt; es habe beschließen jedoch mit Rücksicht auf seine eigene finanzielle Lage gegenüber Bulgarien nicht so weit gehen können. In den weit ausgedehnten, hart vom Thema abweichenden Ausführungen bemühte sich Venizelos um den Nachweis, daß die finanzielle und wirtschaftliche Lage Griechenlands bedeutend schlechter sei als die Bulgariens, daß aber Griechenland seit Jahrzehnten bei der Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen die größte Gewissenhaftigkeit walten lasse. Er protekierte deshalb dagegen, daß Griechenland gewissermaßen als Angeklagter vor die Schranken des Völkerbundes zitiert werde.

Zum Schluß der Sitzung teilte der Ratspräsident mit, daß eine offizielle Ausfertigung des Haager Gutachtens noch nicht eingegangen sei, daß man ihm aber auf telefonischen Anruf hin die Ablesung des Textes bekräftigt habe. Angekündigt war am 3. September im Europaausschuß abgegebenen Erklärungen, über die den Ratsmitgliedern ein Protokoll offiziell zugegangen sei, so fuhr der Ratspräsident fort, befinde sich der Völkerbundsrat kein Anlaß mehr, die Prüfung der Angelegenheit weiter zu verzögern. Er spreche dem Gerichtshof den Dank aus für die rasche und vollständige Erledigung der ihm aufgetragenen Aufgabe. Der Ratspräsident schloß hierauf folgende, ohne Aussprache einstimmig angenommene Entschließung vor: Der Völkerbundsrat nimmt von dem Gutachten des Haager Gerichtshofes über das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion Kenntnis. Mit Rücksicht auf die am 3. September im Europaausschuß abgegebenen Erklärungen ist er der Auffassung, daß für ihn kein Anlaß mehr besteht, die Prüfung der Angelegenheit fortzusetzen.

Große politische Woche in England.

Eröffnung der indischen Konferenz.

London, 7. September.

Mit dem heutigen Montag begann eine der wichtigsten und vielseitigsten Wochen im politischen Leben Englands seit dem Waffenstillstand. Morgen treten die beiden Häuser des Parlaments zusammen, und nach dem von der Regierung vorgelegenen Plan soll spätestens am Montag nächster Woche schon die Abstimmung über das am kommenden Donnerstag vom Schatzkanzler Snowden dem Unterhaus vorgelegte Notbudget erfolgen. Der Donnerstag wird also dem Parlament und dem von der Regierung vorgelegenen Plan soll spätestens am Montag nächster Woche schon die Abstimmung über das am kommenden Donnerstag vom Schatzkanzler Snowden dem Unterhaus vorgelegte Notbudget erfolgen. Der Donnerstag wird also dem Parlament und dem von der Regierung vorgelegenen Plan soll spätestens am Montag nächster Woche schon die Abstimmung über das am kommenden Donnerstag vom Schatzkanzler Snowden dem Unterhaus vorgelegte Notbudget erfolgen.

Die zweite Tagung der indischen Konferenz am Runden Tisch nahm heute ihren Anfang. Im St. James-Palast fand eine Sitzung des Ausschusses für bündelstaatlichen Aufbau des indischen Reiches statt. Der Ratskanzler als Vorsitzender des Ausschusses begrüßte die Delegierten aus Indien und die Vertreter der englischen Parteien. Von den 31 indischen Mitgliedern des Ausschusses sind bisher nur die Hälfte eingetroffen. Gandhi, der Ende dieser Woche erwartet wird, wird an den späteren Beratungen des Ausschusses teilnehmen, sobald dieser zu praktischen Aufgaben übergeht. Premierminister MacDonald, der für kurze Zeit im St. James-Palast erschien, um die Delegierten zu begrüßen, erklärte: „Ich bemühe mich mit allen Kräften darum, daß die guten Beziehungen, die bei der vorigen Konferenz hergestellt wurden, fortbauern und daß die Arbeiten dieser Konferenz zu einem erfolgreichen, allseitig befriedigenden Abschluß gebracht werden.“

Außerdem begann heute in Bristol der 68. englische Gewerkschaftskongress. Bei der Rolle, die die englischen Gewerkschaften in der Regierungspolitik spielen, sind seine Beratungen und Beschlüsse in diesem Jahre für die innere Politik des Landes von erhöhter Wichtigkeit.

Der Kongress wurde heute mit zwei großen Reden des Präsidenten des Kongresses Arthur Haydon, des Generalsekretärs Walter Citrine, eröffnet. Haydon gab in seiner Rede eine eingehende Erklärung für die ablehnende Haltung der sozialistischen Opposition gegenüber den beschränkten Steuer- und Sparvorhaben der Regierung und maß die Schuld an der augenblicklichen englischen Finanzkrise ausschließlich dem Einfluß internationaler Bankiers auf die englische Finanz- und Innenpolitik bei. Diese geheimen Kräfte hätten die Arbeiterregierung zerschlagen und der Nation

Die Besprechung der Sozialdemokratie mit der Reichsregierung.

Berlin, 7. September.

Ueber die heute fortgesetzte Besprechung der sozialdemokratischen Führer mit der Reichsregierung gibt die sozialdemokratische Partei folgenden Bericht heraus:

Die Anfang voriger Woche vertagten politischen Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurden am Montag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Brüning und in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich und des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald fortgesetzt. Für die sozialdemokratische Fraktion waren an diesen Verhandlungen beteiligt die Abgeordneten Wels, Dr. Hilferding, Dr. Herz, Aufhäuser und Rothmann. Die Verhandlungen galten im wesentlichen der Abänderung der Zulassungsverordnung. Die Reichsregierung hatte i. Zt. in Aussicht gestellt, vor Zulassentritt des Reichstages schon eine Reihe der schlimmsten Härten zu beseitigen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Veränderungen hinsichtlich der Arbeitslosenhilfe, der Kriegsbeschäftigtenfürsorge und um Wiederherstellung des Tarifrechtes für die in öffentlichen Unternehmungen beschäftigten Arbeitnehmer. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, in denen eine Reihe von Fortschritten erzielt wurde, beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Er billigte die Haltung seiner Vertreter. Im übrigen dient die Sitzung der Vorbereitung der am Dienstag stattfindenden Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion wird nicht nur zu den Ergebnissen Stellung nehmen, sondern sich auch mit der künftigen Politik der Sozialdemokratie und den Aufgaben zur Überwindung der Wirtschaftskrise beschäftigen.

Zu den Verhandlungen des Reichstages mit den Sozialdemokraten am Montag nachmittag berichtet das „Berliner Tageblatt“, daß die Regierung angelehnt der Hinweise der sozialdemokratischen Führer auf die Stimmung der Massen und auf die unhaltbare Lage gegenüber ihrer Fraktion und schließlich eine Reihe von Änderungen zugesagt, die sich auf die Behandlung der Erwerbslosen, der Kriegsbeschäftigten und der Gemeinbedürftigen beziehen dürften. Man wird damit rechnen können, daß die Veränderungen, wie schon bei der Frage der Sätze für die jugendlichen Erwerbslosen der Fall war, später im Wege einer Abänderungsverordnung durch die Regierung selbst vorgenommen werden, ohne daß der Haushaltsausschuß des Reichstages damit befaßt wird.

Die Dienstentlassungen wegen des Volksentscheids.

Berlin, 7. Sept.

Die Deutsche Volkspartei hat im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, die sich mit Dienstentlassungen befaßt, wonach Leiter von Polizeigebäuden und Landräte aus ihren

nat. Regierung in den Sattel geholfen, um auf diese Weise einen Angriff auf die ihnen zu hoch erschienenen Sozialausgaben und den Lebensstandard des britischen Volkes zu unternehmen. Der Generalleutnant der bekannten Besprechung vor Billigung der Nationalregierung in der Amtswohnung des Premierministers (15. August) beigewohnt hatte, gab darauf eine lebhafteste Erklärung über die Art und Weise, wie den Gewerkschaften von der damals noch im Amt befindlichen Arbeiterregierung die Vorkasse auf die Brust geschlagen worden sei. Niemals, so erklärte Citrine, habe eine Gruppe verantwortlicher Männer gesehen, die man derartig behandelt hätte, wie sie damals. Über nichtabsehbare Beschränkungen der Generalrat der Gewerkschaften nicht, der Regierung steine in den Weg zu legen, sondern er bekämpfte lebhaft diejenige Politik, die er für gefährlich ansehe. Als Gegenmaßnahme der Opposition gegen die beschleunigten Spar- und Steuermaßnahmen der Regierung lenkte er deren Aufmerksamkeit auf die früheren Empfehlungen der sozialistischen Gregor-Nachmann-Kommission. Nach Schluß dieser Ausführungen nahm der Gewerkschaftskongress eine Entschließung an, in der einstimmig die Handlungsweise des Generalrates unter Leitung Citrines gebilligt wurde. Der Kongress verlagerte sich darauf auf Dienstag.

Der Primas der anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canterbury, hat einen Aufruf erlassen, daß die Geistlichen und Gläubigen während der Parlaments-tagung für Regierung und Abgeordnete beten sollen.

Eine Botschaft MacDonalds an die Nation.

London, 7. September.

In einer heute veröffentlichten Botschaft an die Nation sprach MacDonald die Hoffnung aus, daß das für morgen einberufene Unterhaus der Regierung sein Vertrauen kundgeben werde. Dem sich angeschlossen, bitte er die gesamte Nation. Der Aufruf schließt mit einer Warnung ab, daß der Ernst der Lage zu verkennen um zu glauben, man könne mit weniger tiefgreifenden Maßnahmen in der jetzigen Situation helfen.

Verkürzung der Zivilliste des Königs.

London, 7. September.

Der König, der heute dem Premierminister empfing, gab diesem seine Absicht bekannt, die ihm aufgesetzte Zivilliste um 50000 Pfund Sterling zu kürzen zu lassen, um so auch persönlich zur Herabsetzung aller Ausgaben beizutragen. Er fügte hinzu, daß auch die Königin und die anderen Mitglieder der königlichen Familie, denen eine Paragonie einzufließen, den Wunsch hegten, daß diese reduziert werde. MacDonald sprach dem König und der königlichen Familie den Dank für dieses hochherzige Beispiel aus. Er dankte auch dem Prinzen von Wales, der, obgleich er keine Zivilliste erhält, ihm mitteilen ließ, daß er einen Betrag von 10000 Pfund zum Staatshaushalt zuzuwenden gedenke.

Derzeitigen Stellungen entfernt oder zur Disposition gestellt worden seien lediglich, weil sie sich am Volkentscheid beteiligten und für die Auflösung des Landtages gestimmt hätten. Die Deutsche Volkspartei erinnert an eine Erklärung des Innenministers im Landtag, daß es allen preussischen Beamten freistünde, sich in die Wahlen für das Volksbegehren einzumischen. In der Öffentlichkeit und bei der Beamtenchaft sei diese Zusage ganz allgemein so aufgefaßt worden, daß sie auch für den Volkentscheid gelte. Eine abweichende Stellungnahme der Regierung sei nirgends verlautbart worden. Das Staatsministerium wird gefragt, aus welchen Gründen die Leiter der Polizeischulen in Brandenburg und anderen Orten jetzt ihrer Stellung entbunden worden seien und aus welchen Gründen die Jurisprudenz der Landräte in Pommern, Naugard, Schwedt und Bremerhörde erfolgt sei. Ferner wird gefragt, auf welchem Wege die Beteiligung der gemeindefreien Beamten am Volkentscheid und ihre Stimmabgabe zur Kenntnis der Behörden gekommen sei und ob etwa verantwortliche Beamten der Beamtenkassen hätten.

Bedingungslose Ueberrahme der Aufständischen in Chile.

Buenos-Aires, 7. September.

Nach einer Meldung aus Santiago de Chile haben sich die chilenischen Aufständischen der Regierung bedingungslos ergeben. Die Nachricht löste in der Hauptstadt ungeheuren Jubel aus. Die Bevölkerung füllte die Straßen und tanzte und sang. In einer amtlichen Mitteilung wird festgestellt, daß die Waffengeberung der Aufständischen nach der Androhung eines erneuten Bombardements erfolgte.

200 chinesische Fischer ertrunken.

London, 7. September.

„Times“ meldet aus Hongkong: Vorläufig eingetragenen Berichten zufolge, hat am Mittwoch ein plötzlicher einsetzender Wirbelsturm der chinesischen Fischerflotte großen Schaden zugefügt. Es wird behauptet, daß 200 Fischer ertrunken seien und 200 chinesische Fischer ertrunken seien.

Kraftmalzbier

wohlschmeckend, alkoholarm, kräftigend für jedermann. Aerztl. empfohlen. Ein Versuch überzeugt.

Germania-Brauerei

F. Dieninghoff A.-G., Münster i. W.

Aus

61

b. Bodon beamen des J. guft 1931 folg mungen abge Brauchabst, 14 bältchen, 1245 Stild lebende gen und 22 B sich auf 611 G Scheuerinterje

8 Bodon Rob, (Römer) tabe Gewicht a Schreiners bilt eine Son 8,45 Meter m nerdrumen, der angegeben wur

Der B

„Der Betteit haupten können dem Schidat e schwändig und Das fch auch ist daher nicht kannte Stoff mung eintellit Die füllige H (. . . denn ich und vor allen schen und gesa verheffen dem fola. Von den Bollmann, Tru Gernann Bida adwechslungsre natürlich die achte die heutig

Dereine

Schöffenfest Gofellenaufe 2 Gofellenfchden in fteit. Beim Rön Diefegang zur Harbring zur

Berein fath. für Samstag u die Baumburge folgen. Bei ni Ausflug ausfall gens nachfahren,

Sängergan. 2. vorgefchene T. 8. September voo gleder werden ge findenden Sitzung, (Burg Hohensollern) wichtige Beschüsse fchden umbeding

Kath. Arbeiter gleder des gemiff morganen Mittwoch

Anholt, 8. Sep Am morgigen M und geschäfte fril Pöflich Sam E nening in dem Frische sein 70. B

e. Dingens, 6. Wefel-Bodoff find wofl über Nacht - Vollamunde heift, Schranke roft fe der Schutz der Stra außenthalden flamm der fchrankefoje Berfonenfolge und geredmet die vie

Wahmehnen ist fch der Einbau der Sch ift, da ein Gefahren glückfälle an den r reden eine traurige bange werden, wen Strade denkt. Dyn der jehigen Lage

erfte Unglück? antwortlich? Bodoff-Borken ist ein Wogen, ein W die Bahnverwaltun Transportgeföhru der fchrankefoje vor den fchab jiter

Ueberraffung, daß gekommen ist. So ersten Unglückfall, Zukunft liegt, werd Bodoff aus ihrer geföhrtliche Nachbar it's zu spül!

go. Wiede, 7. der am Sonntag vorftandes haben n Waftracht Gebrauch entfielen auf die 14 Tagen in off wurde. Folgende B ding, Johann B Wessels, Johann haus, Bernhar ping, Bernhar Ruffin find Johann Nie Wilhelm Sad. Die lich die Hälfte des wurde vor 3 Jahren

Dom

z. Hefelburg, 7. fch. Die Ortsgruppe 3. Kreisoberbinder und menden Sonntag, dem im Botale August E Herr Schierend aus umm und Verforung alle Kriegsooper von

Ein chronologischer Rückblick.

Bedholt, 7. Sept.

Infolge des Bauverbots während der Kriegsjahre ist die bis dagewesene Steigerung der Heizkosten in den ersten Jahren nach dem Kriege flog die Wohnungsnutzer weit überall im deutschen Vaterland so außerordentlich ins Auge. Da jedoch in den ersten Friedensjahren wegen der herrschenden Knappheit an Baumaterialien an eine Neubautätigkeit im größeren Umfange nicht zu denken war, ging man schließlich daran, die vorhandenen größeren Wohnanlagen rationeller sowie durch Um- und Ausbau bestehender Gebäude (Wohnhäuser, Lagerhäuser, Wirtschaftsgäude usw.) neue Wohnungen zu schaffen und in fällige gewordene Wohnungen wieder infanzuweisen. Diese Weise wurden in den ersten beiden Nachkriegsjahren 100 neue Wohnungen geschaffen.

Über dies alles war zu sagen nur ein Tropfen
einen heißen Stein. Der immer mehr anwuchs
den Flut der Wohnungsnot konnte nur wirksam abge-
det werden durch eine großzügige Neubau-
igkeit. Der **Wohlfahrtsausschuss**, der älteste
einsige Ausschuss der Stadt, der die Vorarbeiten
es, der hier auf dem Gebiet des Wohnungsbaus
unabdingbar voranging. Noch im Jahre 1919/20 er-
setzte er in der Gegend der im vorigen Jahre abge-
ten Windmühle (an der Windmühle, Kur-
und Brodenhofstraße) mit südlichen und
südlichen Beispielen 10 Häuser mit 20 Wohnungen
a gleichzeitig nahm als erster der hiesigen Inhab-
er des **Spinnereibetriebes** Franz Beckmann den Bau
von fünf Arbeiterwohnungen an der Steinstraße in
ersten Süden der Stadt. In der Steinstraße in
der Wöhringer im Jahre 1921/22 mit Unterstützung
der hiesigen Industrie 8 Häuser mit je zwei Wohnungen
der Bürgerstraße und 20 Einfamilienhäuser
der Gustav-Becker-Straße. Damit war der
einstufige Aufstoß zum Ausbau des Vorortes
im Osten der Stadt gegeben.

× **Vorholt, 8. Sept.** Willkürs reizende Operette „Der Kettenknecht“ hat sich auch in einer Zeit des „Kaisers“ befinden, in der manche anderen Operetten von dem Schicksal ereilt wurden, in der Vergessenheit zu verschwinden und so der Vergessenheit anheim zu fallen. Daß sich auch der Tonfilm dieser Operette annahm, ist daher nicht weiter verwunderlich. Der liberall bekannte Stoff ist eben so interessant, daß die Verfilmung eigentlich eine recht dankbare Aufgabe war. — Die klügliche Handlung, die einschmelzenden Melodien. . . . denn ich hab' sie ja nur auf die Schulter gestützt . . . und vor allen Dingen die ausgezeichneten darstellerischen und gesanglichen Leistungen aller Mitwirkenden verheßen dem Tonfilm zu einem durchschlagenden Erfolg. Von den Mitwirkenden seien nur Hans Heinz Hollmann, Truus v. Alten und vor allen Dingen Hermann Picha und Fritz Schulz genannt. — Sehr abwechslungsreich ist auch das Reprogramm, in dem natürlich die „Micky-Maus“ nicht fehlt. (Man beachte die heutige Anzeige.)

Schützenfest im Gesellenverein. Am Sonntag fand im
essenhaufe das fest schon traditionelle Schützenfest der
essenschützen in einem der Zeit entsprechenden Rahmen
tt. Beim Königsschießen holte sich für dieses Jahr Frith
iesegang die hohe Würde und ertor sich Früdekin
arbing zur Königin.

Samstag und Sonntag vorgelebener Ausflug in die Baumberge muß unbedingt bis Mittwochabend erfolgen. Bei nicht genügender Beteiligung muß der Ausflug ausfallen. Solche, die erst abends oder morgens nachfahren, mögen sich auch melden.

Sängergau „Weimilianserland“. Die für den 14. Sept. begesetzte Sitzung muß aus wichtigen Gründen auf den September vorverlegt werden. Sämtliche Ausschüsse werden gebeten, sich an der heute (Dienstag) stattfindenden Sitzung, die um 8.30 Uhr im Hotel Rint. Werrung (Hohenzollern) beginnt, zu beteiligen. Das äußerste Verzeichnis gefaßt werden sollen, ist vollständiges Erfordern unbedingt erforderlich.

Kath. Arbeiterverein St. Paulus. Wir machen die Mitglieder des gemischten Chores darauf aufmerksam, daß am nächsten Mittwochabend 8 Uhr gemeinsame Probe ist.

Anhalt, 8. September. Professor Renjing 70 Jahre alt. Morgen Mittwoh vollendet der allgemein bekannte gelehrte frühere Provinziallandtagsabgeordnete, der k. k. Hofrath Salin Salinische Generaldirektor Professor Dr. Renjing in bewundernswerter geistiger und körperlicher Weise sein 70. Lebensjahr.

e. Dingden, 6. Septem er. Die Schranken der Straße
 el-Bochot hin abgebaut. Er ist heimlich gekommen —
 über Nacht — nämlich der „Räuberanton“, wie er im
 Lande heißt, die „Automobile mit Muff!“ Ohne
 Schrank raß sie über die Schienen. Als vor Jahresfrist
 Schutz der Straßenübergänge fallen sollte, da hörte man
 ertönen flammende Proteste, nun ist er doch gekommen,
 Schrankenlose Zustand der Straße West-Bochot, 24
 10 senigende und 2 Ehligge raren täglich her und hin, 24
 an

nehmen die vielen Witterge. Durch diese gefährliche
Einbau der Scheitran im Handumdrehen bewiesen, daß
da ein Gefahremoment nicht vorliegt. Die vielen lin-
esfälle an den umgeschlungenen Bahnhöfungen der Kiede
eine traurige Sprache, und es kommt einem ernst und

wenden, wenn man unsere viel häufiger befahrene
denkt. Ohne unten zu wollen darf man angestrich-
te jehigen Frage fragen: Wann geschieht das
s Unglück? Und wer ist dann dafür ver-
worlich? Nach den Erfahrungen an der Straße
vor Borken ist stets das Publikum schuld; denn wenn
Wagen, ein Pferd oder ein Auto angefahren wird, ist
Borkenverwaltung sehr schnell mit einer Klage wegen
Sportverletzung gegen den armen Unglücklichen bei
Hand; ob er schuld ist oder nicht, es wird „barmhertig“
den Rabi zitiert, und vor Gericht merkt er zu seiner
erschauung, daß die Bahn ihm in der Angelegen-
nung ungenutz ist. So wird's auch bei uns werden, und beim
Unglücksfall, der hoffentlich noch recht weit in der
Zukunft liegt, werden die Anwohner der Straße, welche
sich aus ihrer Ruhe aufgedrückt und merkte, weshalb
die Nachbarschaft sie bekommen haben. Aber dann
zu spät!

10. Rheide, 7. Septbr. Kirchenvorstandswahl. Bei dem Sonntag stattgefundenen Wahl des Kirchenvorstandes haben nur 15 Pfarreiangehörige von ihrem recht Gebrauch gemacht. Sämmtliche 15 Stimmen liegen auf der Vorschlagsliste, die am Sonntag vorliegen in öffentlicher Versammlung aufgestellt ist. Folgende Herren sind gewählt: Johann Wedder, Johann Bildt, Bernhard Harde, Johann Meis, Johann Böing-Melling, Josef Tüsch, Bernhard Klein-Hessling, Josef Im, Bernhard Tangerding, Johann Teichte, Hard Külling und Josef Honsel. Erschienen sind Johann Kieckegge, Heinrich Schwach und ihm Sa. Die genannten Herren bilden bekanntlich die Hälfte des Kirchenvorstandes, die andere Hälfte vor 8 Jahren gewählt.

Heilburg, 7. September. Die Kriegsgesamtheit der Ortsgruppe Heilburg des Reichsverbandes deutscher Kameraden und Kriegsinvalider trifft am Sonntag, dem 13. September, vormittags 11 Uhr im Saale August Erso eine öffentliche Versammlung ab. Schierend aus Duisburg spricht über „Notwendigkeit und Verwertung“. Zu dieser Versammlung werden die Kriegsgesamtheiten von Heilburg und Umgebung eingeladen.

Vorl. und Wehdtgenstraße und 10 Wohnungen am Vorplatz, mit dessen Bebauung damals begonnen wurde. Als neue Baugenossenschaft gesellte sich die **Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Münster** (Reichsbahn) hinzu, die einen Häuserblock mit 8 Wohnungen an der alten Aa errichtete.

Im Jahre 1929 ließ die Neubaudirektion **erheblich** nach. Es wurden nur 82 Häuser und 136 Wohnungen (gegenüber 141 Häuser und 196 Wohnungen im Jahre vorher und 140 Häuser und 218 Wohnungen im Jahre 1927) errichtet. Die „**heimliche** **Bauflut**“ hatte sechs Häuser mit 10 Wohnungen an der Windhorststraße, 6 Häuser mit 14 Wohnungen am Hagen-Eich und 2 Häuser mit 4 Wohnungen am Müllerer Kirchweg. Im Vorortteil errichtete der Baudepartement 10 Häuser mit 13 Wohnungen am Dorfplatz und 10 Einfamilienhäuser an der Seeblickstraße.

Im Jahre 1930 erreichte die genossenschaftliche Bautätigkeit ihren Höhepunkt. Von den 151 in diesem Jahre erstellten neuen Wohnungen entfielen mehr als zwei Drittel (104) auf die Baugenossenschaften. Fast die Hälfte hiervon wurden von der **Wohnkättengesellschaft Minkerland** (die mit der Minkerischen Beamten-Wohnkättengesellschaft stammlich verwandt ist) errichtet, und an der Heroldstraße 22 Einfamilienhäuser in drei Blöcken und an der Dingerseer Straße in beiden Häuserblöcken mit 24 Wohnungen, im Volksmund **„Zug“** genannt, baute. Ferner errichtete im vergangenen Jahre die **„Heimstätte Woghol“** am Hänge-Block 12 Häuser mit 24 Wohnungen und der **Woghol-Bauverein** an der Wülfger- und Sedlitzstraße 18 Häuser mit 34 Wohnungen.

Im Jahre 1981 lebten die drei Genossenschaften ihre Bautätigkeit fort. Die Wohnungsgenossenschaft **Münster-**
und errichtete auf dem dreieckigen Gelände zwischen
Dingperloer, Marktstraßen und Herzogstraße, das sie
mit Ausnahme eines Streifens, auf dem die Schreiner
Seefing steht, käuflich erworben hat, zu den bereits
vorhandenen Neubauten weitere Häuserblocks und zwar
2 vierarmige Einfamilienhäuser und 8 Häuser mit
4 dreiarmligen Wohnungen an der Herzogstraße,
die bereits im Juli und August ds. Js. bezogen wurden;
erner wurden 6 Häuser zu je 4 dreiarmligen Woh-
nungen und 4 Einfamilienhäuser für Kinderreiche zu
5 Räumen in diesen Tagen bezogen. Der **Vogel-**
verein errichtete drei Doppelhäuser an **Vor-**
und Sehlstraße, die ebenfalls in den letzten
Tagen bezogen wurden. Die „**Heimische Vogels**“ baute
an der **Sachsenstraße** vier Häuser mit 7 Wohnun-
gen, die bereits bezogen sind, und ein Zweifamilien-
haus, das vor der Vollendung steht. Weiter errichtete
an der **Subertusstraße** (Hildeken) 8 Ein-
familienhäuser mit vorläufig 10 Wohnungen, die be-
reits fertig sind, weitere 8 Einfamilienhäuser mit
Wohnungen an der gleichen Straße sowie 2 Ein-
familienhäuser an der **Reinholdstraße** befinden sich
im Bau. Im ganzen wurden bezw. werden von
den drei Genossenschaften in diesem Jahre 105 Woh-
nungen geschaffen.

Wie aus untenstehender Tabelle zu ersehen ist, rde in den Jahren 1918 bis 1930 (die genaue Zahl 1931 liegt noch nicht vor, da das sogenannte Baujahr am 1. Oktober abgchiet) in Bodost 1472 neue Wohnungen geschaffen, die allerdings, wie bereits erwnt, zum Teil durch An- oder Aufbau teils bestehender Gebude erstellt wurden. Die Zahl neuererrigter Huser lie sich nicht genau ermitteln; sie wrte zwischen 700 und 800 betragen. Durchgnglich wurden in den zwlf Nachkriegsjahren etwa 1400 neue Wohnungen geschaffen. Eine durchaus hohe Zahl, namentlich wenn man mit ihr die Durchgngig-

Turnverein „Phönix“.

Eine Niederlage, ein Unentschieden, ein Sieg.

Zu dem Samstagabendspiel der ersten Mannschaft in Sportplatz Refektorie hatten sich zahlreiche Zuschauer, leider auch sehr viele Jau-
den eingefunden. Gleich
dem Anstoß entwickelte sich ein kottes Spiel, bei dem
trotzdem schon in der vierten Minute überraschend in Fül-
ging. Beim Wstoß vom Bönigtor ließ der Woxer
den Ball fallen, und mikeso wird er vom Gegner
leere Gefühle gelangt. Alle Versuche der Bönigspieler,
zu erzielen, scheiterten bis zur Pause. Zahlreiche
und eine Reihe guter Torchancen wurden heraus-
beitet, aber zum Torstoß war man noch zu unent-
fesselt. Sogar ein Elfmeterball landete knapp neben dem
Tor. Jähensdorn kamen gefährliche Angriffe Sport-
er, aber auch ihm blieben bis zur Pause weitere Erfolge
fekt. Kurz nach Wiederbeginn kam Sportklub abermals
dem blühenden Erfolge. Der Ball wird unter die Quer-
gestrichen springt ins Fied zurück, der Schiedsrichter
schob Tor. Dann war endlich auch einer der zahlreichen
iffe der Bönigspieler erfolgreich, und der Halb-
unhaltbar ein. Nach wechsellosem, verzeitem Spiel
te der Sportklub im Anschluß an eine Ecke noch ein
s Tor. Hierbei verließ es bis zum Schluß.

Die Jugend botel bei ihrem ersten Spiel gegen Sportvereine junge ein anderes 1:1 heraus. Der zweiten schloß man im Retourspiel auf Sportklub Blau ein 1:0 ab. Nachdem Wöhrig bis zur Pause führte, verbesserte der Rechtsstürmer Sportklub um einen Punkt auf 2:1. Beiderseitige Verluste, die zweite Halbzeit. Hiermit konnte die Jugend des Wöhrig die am Vorsonntag erhaltene Niederlage der dienstverweigerer gutmachen.

Bocholter Wassersportverein 1920 e.B. zum zweiten Male
Weltdeutscher Wasserballmeister der Klasse für B. u. W.

Im Schwimmklub des S. C. Amateure Duisburg fand am Sonntag das Endspiel um die wertvolle Wasserballmeisterschaft der B. u. M.-Klasse statt. Das Spiel unterstand der Leitung des Herrn Steinbrink aus Barmen und wurde mit einem fabelhaften Tempo eröffnet. Ein gegenseitiges nervöses Wüthchen der beiden Mannschaften, und schon kommt System ins Spiel. Zunächst entstehen mehrere gefährliche Momente vor dem Bocktor, aber der Hüter ist vorzüglich auf dem Posten. Ein gut gespielter Durchbruch gelingt, und mit 1:0 wird durch Bocktor die Führung hergestellt. Zwei weitere Torwürfe folgen bis zur Halbzeit und mit 3:0 geht es in die Pause. Nach gleichem Wiederbeginn geht es in dem Tempo weiter, und zu weiteren Torschüssen will es nicht reichen. Gute Gelegenheiten werden ungenutzt verfehlt. Mit 3:0 endet das Spiel für die Mannschaft des Bocktor Wasserportvereins 1920.

zahl der in den letzten zwölf Jahren vor dem Krieg (1903 bis 1914) erstellten Wohnungsneubauten (meist Einfamilienhäuser) — rund 50 — vergleicht. Selbst wenn man die Kriegsjahre 1915 bis 1918, in der überhaupt keine Wohnungen geschaffen wurden, berücksichtigt, wurden in den Jahren 1915 bis 1920 durchschnittlich jährlich 82 neue Wohnungen erstellt, eine Zahl, die betraute doppelt so hoch ist wie die Durchschnittszahl der Wohnungsneubauten in den letzten Vorkriegsjahren. Immerhin ist festzustellen, daß die höchste Anzahl der (seit 1900) in einem Jahre in Bockolt errichteten Wohnungen (218 im Jahre 1927) nicht an die Zahlen herankommt, die zur Zeit der Hochflut der Neubautätigkeit in Bockolt erreicht wurden. Das waren nämlich die Jahre 1896 und 1898, in denen 225 bzw. 260 Wohnungsneubauten errichtet wurden.

Innerhalb darf man annehmen, daß durch die verhältnismäßig intensive Neubaugtätigkeit nach dem Stiege die Wohnungsnote in Bezug in ihrer schärfsten Form besetzte ist. D. h. es kann heute jeder eine einzimmerige ausreichende Wohnung finden, vorausgesetzt, daß er die Miete zahlen kann. Diese aber ist für die meisten neuen Wohnungen, gemessen an der Zahlungsfähigkeit der meisten Mieter, immer noch zu hoch, wenn auch andererseits nicht zu verkennen ist, daß die Laffen, die die Erbauer der neuen Wohnungen zu tragen haben, nicht minder drückend sind.

Die Mielen werden aber erst dann tragbar werden, wenn Angebot und Nachfrage wie überall so auch auf dem Gebiet des Wohnungsmarktes sich die Waage halten. Bis dieser „ideale“ Zustand erreicht ist, muß noch mancher Bausegler in Verbannt werden. Eine Befreiung der Baugeldpolitik ist jedoch bei den gegenwärtigen Geldverhältnissen vorläufig leider nicht zu erwarten. Damit sind auch die Auskosten für die mit dem Baugewerbe zusammenhängenden handwerkstümliche für die nächste Zukunft wenig rosig. Es bleibt uns nur die Hoffnung, daß sich in nicht allzuerner Zeit die wirtschaftliche Lage und damit auch die Baugeldpolitik wieder heben möge.

[illegible]

* vom Staat errichtet (Katasteramt).

B., die dadurch zum zweiten Male die westdeutsche
Herbalmmeisterschaft der Klasse für Vereine ohne
Unterbad errang.

Ebenfalls versuchten sechs Damen des B. M. B. 20 bisherige Bestzeit für die 8 mal 50 m Brusttafel unterzehen, was bestens gelang. Die Bohlhüter Damschwammen unter der vorchriftsmäßigen Kontrolle vorzüglichste Zeit von 4,49,8. Die bisherige Bestzeit der S. L. Deutschland in Wilsinghausen mit 3 Inne. Also eine Verbesserung um 10,5 Sekunden! Bohlhüter Damen werden sich abermals n die Liste drei Beizen der Klasse für B. o.M. eintragen können. Für die 3 mal 200 m Brusttafel wurde ebenfalls Bestzeit neu aufgestellt mit 1,38,8 Minuten. Da diese Strecke eine Bestleistung noch nicht notiert, liegt es nun an Damenmannschaften anderer Vereine, diese Zeit zu unterbieten.

48. Kaiserberg-Turnfest.

Boxkloß Turn- und Sportvereine am Start.
 Das Kaiserberg-Turnfest, die größte sportliche Veranstaltung am Rhein, war wieder trotz des schlechten Wetters, ansehnlicher Erfolg. Über 100 Vereine mit 1500 Turnern und Sportlern waren am Start, keiner der bekannten „alten“ Vereine fehlte. Umso bemerkenswerter waren die Leistungen der Boxkloßer Vereine, die gute Durchschnittsergebnisse zeigten. Hervorzuheben ist die 4 mal 100 m Staffel Turnvereins Boxkloß vom 1867, der unter 14 Mann im Vorlauf den 3. Platz (nach Zeit), im Endlauf Platz (Zeit 46 Sekunden) belegte.

ger im Rehrampf wurden:
Turnerfünftampf:
Rehrampfkasse (angetreten 66): 30. Franz Ingmann
Bocholt von 1867).
Rehrampfkasse (angetreten 135): 15. Audi Krüger
Bocholt von 1867), 34. Hans Raninig (T. B.
lt von 1867), 38. Karl Schläutkötter (T. B. So-
von 1867).
Rehrampfkasse (angetreten 438): 3. J. Müllen
Phönix), 14. W. Rühdorf (B. F. C. 1900), 17.
emer (B. F. C. 190), 20. H. Schleuter (T. B. Phö-
20. Karl Diesfeld (T. B. Bocholt von 1867), 23.
Schläutkötter (T. B. Bocholt von 1867), 24. H.
ng (T. B. Phönix), 24. Jos. Reichenberg (T. B.
von 1867).

ner 35—39 Jahre: 9. Gu'ao Janfen (T. B. Hochst
67), 10. Hans Wits (T. B. Hochst von 1867), 11.
ster (T. B. Phönix).
ner 45 Jahre und älter: 14. de Lambay sen. (T.
nitz).
nerinnen (2. Leistungsklasse): 5. Guste Vollee (T.
holl von 1867), (angetreten 121).

Aus Westdeutschland.

Ein unehrlicher Versicherungsagent.

— Rheine, 7. Sept.

Raum hatte der Vorsitzende des Schöffengerichts in Münster die ersten Formalien in der Sache des Kaufmanns Wilhelm H. aus Hamburg erledigt, als ihm einfiel, daß er wieder einmal einen Sünder im Verhörungsraum vor sich hatte. Die laune Reize der Vorstrafen und ihre Schwere entlockten ihm die Worte: „Es ist geradezu entsetzlich, wieviel unehrliche Leute im Versicherungsgeschäft untergebracht sind.“

Man muß daraus den Schluss ziehen, daß wohllos Leute eingestellt werden, ohne Rücksicht auf christliche oder unchristliche Vergangenheit.“

H. war im Herbst 1930 als Reisevertreter der Kreditgesellschaft nach Rheine abberufen worden. Die Gesellschaft machte es sich zur Aufgabe, Forderungen für Gläubiger bei Schuldneren einzufordern, also eine Funktion, die treue und ehrliche Arbeit erfordert. Mit H. aber hatte die Gesellschaft schlechte Erfahrungen gemacht. Er zog Gebühren ein und unterschlug das Geld. Darauf entzog die Gesellschaft ihm das Recht, überhaupt noch Beträge einzufordern. Die Gesellschaft argwöhnte, daß H. weiterhin Beträge fälschlich und über das ihm vom Staatsanwalt. Es kam nun an Tageslicht, daß H. dunkle Hypothekenvermittlungsgeschäfte machte, die damit einbehielt, daß die Vertrauenspersonen die „Gebühren“ von einigen hundert Mark zahlen mußten, niemals aber eine Hypothek besaßen. Der dritte Teil der Auflage bezog sich auf eine kleine Versicherungsschuld.

Die drei Teile der Auflage führten dazu, daß das erweiterte Schöffengericht in Münster den längst verhafteten Angeklagten zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis wegen Rückfallbetruges und Untreue verurteilte. Eigentlich, so hielt es in der Urteilsbegründung, gehörte solch ein Mann ins Gefängnis.

Provinzialkonservator Körner.

— Münster, 7. September.

Heute verstarb nach schwerem Leiden Landesrat und Landesbaurat Provinzialkonservator Körner im Alter von 61 Jahren. Mit Landesbaurat Körner ist eine in der ganzen Provinz Westfalen bekannte Persönlichkeit dahingegangen. Er trat im Jahre 1903 als Provinzialbauinspektor in den Dienst der westfälischen Provinzialverwaltung, wurde 1913 zum Landesbaurat bei der Provinzialverwaltung Wesen gewählt und trat dann 1919 wieder zur westfälischen Provinzialverwaltung über und wurde hier 1921 zum Provinziallandtagsrat zum Landesrat und Landesbaurat gewählt. Ferner wurde ihm vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung das Amt des Provinzialkonservators übertragen.

Kindesmord aufgedeckt.

— Hamm, 7. September.

Am 3. September legte nach einem vorausgegangenen heftigen Streit mit seinem Sohn Ottomar der Invalide Ludwig Jägerli im benachbarten Osterfließ — wie wir bereits meldeten — Feuer an sein Wohnhaus. Er wurde daran gehindert, den Tod in den Flammen zu suchen. Wegen Brandstiftung wurde er noch am gleichen Tage verhaftet und in das Polizeigefängnis in Hamm eingeliefert.

Rußländische Gastwirtschaft eröffnet.

— Essen, 7. September.

Am Samstag wurde die 1. Rußländische Musterkaffeehaus für das Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe eröffnet. Die Ausstellung ist außerordentlich gut besucht und auch das Interesse der Bevölkerung für diese Schau ist recht reg. Gestern zählte man nicht weniger als 10000 zahlende Besucher. Eine Umfrage bei den Ausstellern ergab, daß sie starken Zuspruch haben und auf einen guten Erfolg rechnen.

Fliehender Schmuggler niedergeschossen.

— Düsseldorf, 7. September.

Bei der Durchsuchung eines Schmugglerneutes auf der Mindenerstraße fanden ein Beamter der Zollfahndungsstelle und ein ihn begleitender Polizeibeamter etwa 120 Pfund Tabak. Dabei wurden zwei verdächtige Personen festgenommen. Trotz der Warnung der Beamten, daß bei einem Fluchtversuch geschossen werden würde, rief sich einer der Schmuggler los und lief davon. Der Beamte gab einen Schuß ab, der den Fliehenden niederstreckte. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Selbstmord einer ganzen Familie.

— Düsseldorf, 7. September.

Heute morgen fand man eine Familie, die in der Cranacherstraße wohnte und aus dem Ehepaar und einem Knaben bestand, durch Gas vergiftet vor. Die Ursache zu diesem Verzweiflungsakt dürfte in wirtschaftlicher Not zu suchen sein.

Weineidsanzeige gegen Landrat J. D. Sandmann.

— Düsseldorf, 7. September.

Rechtsanwalt Schöppen-Düsseldorf hat im Auftrag des Gerichtsreferendars Dr. Giesenius beim Oberstaatsanwalt in Düsseldorf gegen den Landrat J. D. Sandmann in Schwelm eine Weineidsanzeige erstattet. Wie erinnerlich, hat das Gericht in dem Strafverfahren gegen Dr. Giesenius den Wahrheitsbeweis als erbracht angesehen. Giesenius ist lediglich wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt worden. In der Begründung der nunmehr erfolgten Weineidsanzeige gegen Landrat J. D. Sandmann wird darauf hingewiesen, daß Sandmann bei seiner Aussage als Zeuge abgetritten hat, die Frontsoldaten beschimpft zu haben. Insbesondere habe er abgetritten, den Ausdruck „beoffene Schweine“ gebraucht zu haben. Durch die Beweisaufnahme und das Urteil des Gerichtes sei jedoch festgestellt worden, daß diese Ausdrücke tatsächlich gefallen sind. Aus diesem Grunde sei jetzt gegen Sandmann eine Weineidsanzeige erstattet worden.

— Münster, 7. Sept. Kirchliche Ernennungen. Wie das Bischöfliche Generalvikariat bekannt gibt, ist Kaplan Bernhard Heinrichs, der seit 1923 in Rheine amtiert, zum Vikar in Dittmarsbocholt ernannt worden. Bernhard Heinrichs wurde 1884 geboren und empfing im Jahre 1911 die Priesterweihe. — Kaplan Johannes Kott, seit 1927 an der St.-Norbertkirche in Hamm, wurde zum Kaplan in Rees ernannt; ebenso der 1900 zu Rembeke geborene Seminarvikar Franz Hüls zum Kaplan in Aldekrade. Kaplan Johannes Kott wurde 1887 geboren und 1912 zum Priester geweiht.

— Münster, 7. Sept. Eine Unfälle. Heute nachmittags gegen 2 Uhr besaßen drei Burken verschiedene Wirt-

schaften zwischen Börsen und Senden, um zu stehen. Sie verlor ihr Gleichgewicht und fiel rückwärts auf den Boden. Die Bewohner der Wirtshaft riefen Hilfe vom Gute herbei, und als der Förster die Burken stellen wollte, zog einer von ihnen eine kleine Pistole und traf den Förster unglücklich erweise in den Bauch, jedoch er schwer verletzt zusammenfiel. Die Gutsleute alarmierten sofort die Landjägerei, die eine Kassa in den Orten Appelsbüllen, Börsen und Senden veranfaltete, ohne die Burken zu fangen. Die Landbesitzerin aber, die sich an der Kassa beteiligte, traf verkleidet mit den Burken zusammen. Der Förster gelang es dann, sie in einem Maisfeld zu stellen. Der Aufforderung, aus dem Maisfeld herauszukommen, folgten die Verbrecher. Die geladene Pistole hatten sie in einen Kumpel geworfen, wo sie von Beamten gefunden und herausgeholt wurde. Der Förster wurde schwer verletzt in das Franziskus-Hospital nach Münster gebracht.

— Münster, 7. Sept. Die Verfehlungen bei der Wollereigenenschaft. Zur Klärung der von uns bereits gemeldeten Verfehlungen bei der Wollereigenenschaft wurden eine Generalversammlung der Wollereigenenschaft abgehalten. Dem von dem Vertreter des Meiereiverbandes vorgetragenen Bericht der Prüfungs-kommission entnehmen wir folgendes: Die Verfehlungen des Wollereigenen Verber lassen zwar einen wesentlichen Gehalt erkennen, jedoch nicht in der Höhe, wie er bisher genannt wurde. Gestrichelt dem in Umfang geleiteten, auch von uns wiedergegebenen Bericht, der Vorstand habe seine Pflichten etwas reichlich leicht genommen, konnte die Kommission erfreulicherweise feststellen, daß der Vorstand in jeder Richtung seine volle Pflicht getan hat. Die Generalversammlung befähigt sich in ihrem weiteren Verlaufe mit der Sanierung der Genossenschaft. Von den Genossen wurde einmütig der feste Wille bekundet, den Betrieb der Genossenschaftsmotoren unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Um das zu erreichen, wurde vorgeschlagen und beschlossen, den Geschäftssitz auf 300 R. m. zu erhöhen. Dadurch wird die Genossenschaft in die Lage versetzt, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Es mag noch erwähnt sein, daß an der Hand des Monatsberichts für August die Rentabilität des Betriebes einwandfrei festgestellt wurde, so daß der Wollereibetrieb auch weiter seiner Aufgabe der Förderung der Landwirtschaft gerecht werden kann.

— Breda, 7. Sept. Teure Spielerei. Die Polizei war auf den Händler August J. aus Breda aufmerksam geworden, als er in einer Wirtshaft Uren, die einen Wert von 70 Mark haben sollten, für wenig Geld feilbot. Als ein Beamter, der nichts als seine Pflicht tat, auf J. aufpaßte, schimpfte ihn J. einen Lumpen. Nun mußte J. mit zur Wache und bei der Verhörsabteilung entbede der Beamte einen falschen Witz, der auf den Namen Heinz Brüggel lautete, als J. s. Bild trug. „Das Gesicht so aus Spielerei“, behauptete J. vor dem Schöffengericht in Münster. „Den Witz habe ich als Pfand für geliehene zwei Mark erhalten. Das Bild habe ich, und da habe ich aus Spielerei mein Bild hineingelegt.“ Das Gericht schenkte J. keinen Glauben, es nahm an, daß J., der im

Turnen / Spiel / Sport.

Deutsche Turnerschaft.

Der erste Kräftevergleich der D. T. Handball.

Die ersten Meisterschaftsspiele im Münsterländer Turngau fanden am vergangenen Sonntag statt. Mit Mannschaften kämpften um die ersten Punkte. Während die münsterischen Vereine noch spielfrei waren, fanden in Bönen bereits zwei Spiele statt. (Neben die Spiele in Coesfeld und Burgsteinfurt lag uns bis zum Schluß noch kein Bericht vor.)

1. J. Bönenbüren 2. — 1. V. Vengerich 3:0. Auf fast unspielbarem Sportplatz fanden sich obige Mannschaften zum ersten Meisterschaftsspiel gegenüber. Nach anfänglicher Ueberlegenheit der Vengericher übernahmen die Bönenbüren bald das Kommando. Während es bis zur Halbzeit keiner Partei gelang, ein Tor zu erzielen, konnten die Bönenbüren nach Wiederbeginn in regelmäßigen Abständen 3 Tore anbringen und somit die ersten Punkte erringen.

1. J. Bönenbüren — 1. V. V. V. 0:1. Mit dem knappen Resultat von 1:0 konnten die Bönenbüren der 3. Mannschaft von V. V. V. einen Sieg und Punkte einbringen. Beide Mannschaften hatten auch hier sehr unter den schlechten Platzverhältnissen zu leiden. Ein technisch schönes Spiel konnte daher nie aufkommen, es war wohl an der Zeit, für baldige Abhilfe der äußerlich schlechten Platzanlage zu sorgen.

1. V. V. V. — 1. V. V. 3:2. Außer den Meisterschaftsspielen trug der Turnverein Emsdetten ein Gesellschaftsspiel gegen den DSV. Verein V. V. V. Rheine aus. Beide Mannschaften zeigten vom Anfang bis zum Schluß ein sehr schnelles und faires Spiel. Bis zur Halbzeit waren die Sportler den Turnern überlegen und lagen bis dahin mit 2:0 in Führung. Nach Wiederbeginn fand die Turner tonangebend und geben das Spiel noch keinesfalls verloren. Durch großen Eifer gelang es ihnen bald, ein Tor aufzuholen und kurz darauf den Gleichstand herzustellen. Beide Mannschaften kämpften nun unter Aufbietung aller Kräfte um die Führung, die die Turner mit einem dritten Tor für sich buchen konnten.

Westfälisches Schwimmertreffen in Boesl.

Boesl, 6. Sept.

Unter starker Beteiligung der westfälischen Schwimmer führte der TB. Jahn Boesl am Sonntag ein freieschwimmendes westfälisches Schwimmertreffen durch. Trotz des schlechten Wetters war der Besuch gut. Die Leistungen klangen allerdings sehr unter der geringen Wassertemperatur. Die Ergebnisse:

100 m Brust: 1. Sülberg-SV Verlohn; 2. Mins-SV Mins 1:38; 3. Viant-Boesl 1:40; 4. Wittrop-TB 77 Hamm 1:40,8; 5. Jahn-Boesl 1:41; 6. Reichert-TB Herringen 1:43; 7. Kees-Boesl 1:44.

100 m Brust Damen: 1. Siemens-SV Dortmund 1:54; 2. Viant-Boesl 1:56,4.

100 m Rücken (Herren): 1. Schmitz-SV Verlohn 1:47,3; 2. Klappert-Boesl 1:47; 3. Ostermann-SV Ulla 1:49,4.

4x50 m Jugend Freistil: SSV Dortmund 2:45,2 Min. Springen (Weistert): 1. Vollenhagen-Reptun Dortmund 97 P., 2. Kragewald-Id. Viefeld 92 P.

4x50 m Brust (Damen): 1. Damenschwimmverein „Gut Rah“ Dortmund 3:16,8; 2. SSV Dortmund 3:35. 100 m Herrenbrust (Boesl): Gößmann-TB Ramen 1:28. Springen, Klasse B: 1. Greif-Boesl 54 P., 2. Viant-Boesl 48 P., 3. Döppel-TB Rheine 42,4 P.

50 m beliebige, 30–40 Jahre: 1. Collage-SV Dortmund 33,2; 2. Rhode-Boesl 33,4.

50 m beliebige, über 40 Jahre: 1. Viant-Boesl 33,3; 2. Jahn-Boesl 1,05.

Auf eines Schmugglers steht, für einen falschen Witz Verwendung habe. Es nannte die Spielerei Urkundenfälschung und bestrafte J. mit zwei Monaten Gefängnis.

— Witten, 7. Sept. Unter Auschluss der Öffentlichkeit. Der Bergmann Wilhelm St. aus Bochum verfolgte eine Frau auf heimlichen Wegen, überfiel sie und vergewaltigte sie. Diese Tat blühte St. mit einem Jahr Gefängnis. Das Schöffengericht in Münster erließ nach dem Urteil den Haftbefehl gegen St.

— Krefeld, 7. Sept. Schweres Motorradunfall. In dem benachbarten Strümp ereignete sich ein schweres Motorradunfall, bei dem der Fahrer auf der Stelle getötet und der Lenker des Rades schwer verletzt wurde. Der Motorradfahrer wollte eine Kurve in schnellem Tempo nehmen, fuhr jedoch mit voller Wucht gegen eine Kirchenmauer.

— Krefeld, 7. Sept. Prälat Kemptes. Prälat und unerwartet stark am Samstag Herr Prälat, Ehrenkommandeur Kemptes. Als Kind der niederholländischen Heimat wirkte der Verstorbenen als Pfarrer fast ausschließlich im niederholländischen Lande. Lange Zeit, bis zum Jahre 1912, war Prälat Kemptes Pfarrer von Ruhrort. Sein priesterliches Wirken, sein umhüllendes Walten, sein mannhaftes Eintreten für die Zentrumspartei, sicherten ihm die Liebe und das Vertrauen seiner Pfarrangehörigen. Von 1912 bis 1930 war der Verstorbenen Pfarrer von Krefeld. In dieser Zeit lag ihm besonders die künstlerische Ausgestaltung der Gnadenstätte am Herzen. Wo sich seine hochtragende Gestalt zeigte, da waren auch gerne Katholiken, er war der Vater der Gemeinde im besten Sinne des Wortes. Im vorigen Jahre trat der Verstorbenen von seinem verantwortungsvollen Amte zurück, der Nachfolger wurde Prälat Hollmann von Duisburg. Bis in die letzten Tage hinein verwaltete der Kempter seine Seelsorgetätigkeit.

— Witten, 7. Sept. Eine Bardeame schießt auf ihre Gäste. In der Rudolfstraße entstand in der Nacht zum Sonntag nach einer Auseinandersetzung zwischen dem Besitzer einer Gaststätte und der Bardeame einerseits und einer Gruppe von Gästen andererseits ein Streit, der sich bald in eine temperamentvolle Kellerei erweiterte. Als einer der Gäste gegen die Bardeame vorgehen wollte, gab diese aus einer Schreckschusspistole einen Schuß ab, was das Signal zum Angriff mit Stühlen und sonstigen Einrichtungsgegenständen gegen den Gasthofs war. Als nun die Gäste für das bedrohte Barfüßlein ernst zu werden begann, zog sie eine andre Pistole und gab drei scharfe Schüsse ab. Eine Kugel drang einem der Gäste in die Lunge, wo sie stecken blieb. Schwer verletzt wurde er in ein Krankenhaus gebracht, wo er bis zur Stunde ohne Bewußtsein darniederliegt.

— Witten, 7. Sept. Vier Kinder an Magenmittelvergiftung erkrankt. In das Westfälische Krankenhaus wurden vier Kinder eingeliefert, die nach dem Genuß von Nahrungsmitteln an Brechdurchfall erkrankten. Eins der Kinder ist bereits gestorben. Ob die Nahrungsmittel nicht einwandfrei gewesen sind, konnte nicht festgestellt werden.

Bad Eifener Tennis-Turnier.

Das Regenwetter verlangt Abbruch! — Fr. Herbst-Bremen überraschend geschlagen. — Westfälische Tenniserfolge.

Unter der mühseligen Regie der Bad Eifener Rudretion und ihres Direktors Niedert wurde am Wochenende das letzte deutsche Baderturnier bei sehr starker Beteiligung aus Nord- und Westdeutschland durchgeführt. Während bis zum Sonntag-Mittag trotz des unbeständigen Wetters die Kämpfe schnell und reibungslos abgewickelt wurden, konnten sie am Nachmittag wegen des ständig regnerischen Wetters nicht zum Abschluß gebracht werden und mußten auf Montag verschoben werden. Die bis zur Vertagung ausgetragenen Spiele brachten wichtige Entscheidungen für die kommende deutsche Rangliste. Ueberraschend gelang es dem Hannoveraner Badach den Bremer Kuchlenkampf nach hartem Dreifach mit vortrefflichen Leistungen auf Grund seines genaueren Flugballspiels mit 6:2, 5:7, 7:5 auszuspielen. In der Vorentscheidung stehen noch Kumpers-Rheine, Badach-Hannover, Frey-Hamburg, Viant-Boesl-Dortmund und Dr. Brandts-Hamburg. — Im Damen-Einzel gab es eine Sensation, da die deutsche Spitzenspielerin Fr. Herbst-Bremen von Frau Kohnert-Berlin nach hartem Dreifach besiegt wurde. Frau Kohnert machte sich den schweren Boden sehr zu Nutze und variierte ihr Spiel geschickt mit genauen Grundlinienträgen und Schnittbällen, die Fr. Herbst nicht immer erreichen konnte, sie versuchte auf die Dauer ermüdeten. Trotz der spielerisch besseren Leistung unterlag nach klarem Gewinn des zweiten Satzes Fr. Herbst noch mit 3:6, 6:1, 6:8.

Schiedsrichter Simon Rosenberger.

— Köln, 7. September.

In Köln ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag der in den westlichen westdeutschen und deutschen Fußballkreisen bekannte Schiedsrichter Simon Rosenberger plötzlich einem Herzschlag erlegen.

Der „Simen“, wie der Verstorbenen allgemein in den süddeutschen Fußballkreisen genannt wurde, war vor Jahren vom Süden nach Köln gekommen, wo er zunächst an der früheren Sportzeitschrift „Westdeutscher Sport“ arbeitete. Später übernahm dann Rosenberger die Schiedsrichterschaft der Deutschen Fußballmeisterschaft, die er bis zum 1. Juli dieses Jahres innehatte. Simon Rosenberger war sowohl im deutschen als auch im westdeutschen Schiedsrichterausschuß tätig und arbeitete hauptsächlich in der Schiedsrichterausbildung und in Belehrungsfragen. Nach am Sonnabend wollte er in Frankfurt a. M., wo er der dortigen Schiedsrichter-Vereinigung einen Vortrag über die neuen Regelbestimmungen hielt. In Dortmund wollte Rosenberger aus dem gleichen Anlaß am 1. August. Von der Krankheit, die ihn im letzten Winter längere Zeit ans Bett fesselte, schien er sich nicht mehr recht erholen zu wollen.

Simon Rosenberger war wegen seiner abgeklärten patriotischen Art allgemein beliebt. Der deutsche Fußballsport verlor in ihm einen arbeitsamen Führer, der mit Wort und Schrift sich sehr um den Ausbau der Fußballkreise verdient gemacht hat. Auch wir verlieren in Simon Rosenberger einen treuen Mitarbeiter und guten Freund.

Pferdesport.

Unsere Voraussetzungen.

Re Tremblay:

1. R. Thomyris — Double All.
2. R. La Balustrade — Palmella.
3. R. King Mario — Singlaß.
4. R. Vancst — Metilda.
5. R. Sire — Cidre.
6. R. Ducheß of Marlborough — Chesnut Ronald.

Sport-Dermisches.

Spieler und Zuschauer.

Englands 88 Fußballvereine, die sich während der größten Zeit des Jahres in Spielen gegenüber stehen, haben jedoch eine umfassende Fußball-Propaganda in die Wege geleitet, die dazu beitragen soll, diesen Sport weiterhin in der Gunst der Menge zu festigen.

Unter dem Titel: „Bereitet Euch auf die neue Fußballsaison vor“ richtet diese Propaganda an die Öffentlichkeit die Aufforderung:

„Ich schon heute mit Interesse auf die kommende Spielzeit einstellen und heute schon einen gehörigen Teil Begeisterung für die neue Saison zu sammeln. Alle diejenigen, die gut zu Fuß, bei Ohr und Stimme sind, mögen sich als aktive Spieler einschreiben lassen. Aber auch diejenigen, denen ihr Gesundheitszustand eine aktive Betätigung verweigert, mögen sich mit anderen, unterstützenden Dingen befassen.“

Mit den „anderen Dingen“ sind nach Auffassung der Fußballbegeisterten die Beschäftigungen der Zuschauer gemeint, die darin bestehen, die Mannschaften durch Anfeuerungen in ihrer Kampfkraft zu stärken und was weiterhin zu den notwendigen und beliebigen Obliegenheiten des Publikums gehört.

Eine beneidenswerte Statistik.

Das Statistische Amt der Schweizer Stadt Bern gab anlässlich der letzten statistischen ersten Ausstellung für Hygiene und Sport (HYSPA) ein Werk heraus, das unter dem Titel „Sport und Gesundheit“ erschien.

Blättern man dies Heft durch, so läßt man auf die Feststellung, daß die Durchschnittserkrankungsziffer der Stadt Bern aufgrund der in den letzten zwanzig Jahren getroffenen hygienischen und sportlichen Einrichtungen um 25 Prozent gesunken habe.

Die Säuglingssterblichkeit beträgt nur ... 3,2 Proz., was mit internationalen Statistiken verglichen einen Tiefstandstendenz darstellt. Es ist dies ein treffender Beweis dafür, daß Gesundheitspflege nicht nur für Kinder und Erwachsene, sondern auch für Säuglinge eine selbstverständliche Notwendigkeit ist.

300 000 Mark für Baseballspieler.

Amerikas National Sport Baseball ist der Sport der großen Massen sowohl hinsichtlich der bei jedem Spiel erscheinenden großen Zuschauermengen wie auch hinsichtlich der Honorierung populärer und bedeutender Spieler. Die Spielergehälter von 100 000 sind keine Seltenheiten, heute hört man auch wieder von Riesensummen für das Engagement der Stars. So zahlte Raugumminoff ein Jahresgehalt von 200 000 Mark, eine Summe, die noch von den New Yorker Giants übertroffen wird. Sie zahlten ihm die Dienste von Leonhard Rönne vom Indianapolis-Club für 800 000 Mark, eine Summe, die selbst im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten nicht zum Alltäglichen gehört.

Alles Getreide
Beizt die
Universal-Trockenbeize
Ceresan

Einfach! sicher! Billig!

